

24. Landesparteitag  
der CDU Mecklenburg-Vorpommern  
21. November 2009  
Grimmen

# **Beschlüsse**

(Überweisungen an die CDU Landtagsfraktion)

Stand: 21. November 2009

## *A1 Befreiung der Eltern von den Kinderbetreuungskosten:*

**Antragssteller:** Junge Union Mecklenburg-Vorpommern

**Die CDU Mecklenburg-Vorpommern spricht sich dafür aus, dass Eltern mittelfristig von den Kinderbetreuungskosten befreit werden. Bis dahin gilt es, bezahlbare Elternbeiträge zu gewährleisten. Außerdem fordert die CDU M-V, dass der Besuch des Kindergartens im letzten Jahr vor der Einschulung verpflichtend und kostenfrei wird.**

### Begründung:

Der Kindergarten stellt nicht nur eine Betreuungseinrichtung, sondern zugleich eine Bildungsstätte dar. Hier erkunden Kinder spielerisch und in der Gemeinschaft ihre Umwelt. Durch die Einführung eines verpflichtenden letzten Kindergartenjahres soll keineswegs die vorangegangene Erziehungsleistung der Eltern infrage gestellt werden. Es geht vornehmlich darum, die Kinder optimal auf die Schule vorzubereiten und ihr Sozialverhalten zu fördern. Zahlen zur Schulfähigkeit mahnen uns, schon früh den individuellen Entwicklungsstand von Kindern zu überprüfen und bei Bedarf individuelle Fördermaßnahmen zu ergreifen. Für die Schullaufbahn eines Kindes sind die ersten Schuljahre entscheidend und jedes Kind sollte die Chance auf eine seinem Vermögen entsprechende Ausbildung haben. Prognosen zu Demografie und dem daraus resultierenden Fachkräftemangel zeigen uns: Wir dürfen uns keine verpassten Bildungschancen leisten.

## *A2 Einführung von Bildungsinhalten zur Vorbereitung auf die Elternschaft in der Schule:*

**Antragsteller:** Junge Union Mecklenburg-Vorpommern

**Die CDU Mecklenburg-Vorpommern fordert die Einführung von obligatorischen Kursen bzw. Unterrichtseinheiten zur Vermittlung von Grundwissen zu Erziehungsfragen, Haushaltsführung und Ernährungslehre in den Bildungseinrichtungen.**

### Begründung:

Die Folgen von unbewusster Ernährung und ungesunder Lebensweise für unser Gesundheitssystem sind immens. - Durch bedachtloses Geldausgeben geraten besonders junge Menschen in finanzielle Schwierigkeiten. - Unwissenheit führt auch bei der Kindererziehung schnell zu Überforderung. Darum gilt es, schon früh vorzubeugen. Alle diese Aspekte sollten in den Bildungseinrichtungen Unterrichtsinhalte darstellen. Nur wer gut vorbereitet den Weg in die Zukunft beschreitet, kann sich und seiner Umwelt viel Sorgen, Unmut aber auch Kosten ersparen.

### *A3 Einsatz von Familienhebammen:*

**Antragsteller:** Junge Union Mecklenburg-Vorpommern

**Die CDU Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für einen flächendeckenden Einsatz von Familienhebammen aus.**

Begründung:

Gerade für junge Mütter und Väter ist es oft schwer, mit der neuen Situation nach der Geburt eines Kindes zurechtzukommen. Die Hemmschwelle, um sich Rat oder Hilfe zu holen, ist jedoch groß. Die „aufsuchende Hilfe“ durch Hebammen und Gesundheitsschwester nach skandinavischem Vorbild hat sich in verschiedenen Projekten bewährt. Der kontinuierliche Kontakt zu einer Familienhebamme hilft den jungen Eltern nicht nur den Alltag mit ihrem Nachwuchs zu bewältigen, sondern kann auch bei Bedarf eine Schnittstellenfunktion zur Familien- und Jugendhilfe einnehmen.

### *A4 Kinderlärm ist kein Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen:*

**Antragsteller:** Junge Union Mecklenburg-Vorpommern

**Die CDU Mecklenburg-Vorpommern fordert eine zügige Anpassung der Rechtslage. Kinderlärm darf kein Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen sein.**

Begründung:

Fröhlich lärmende Kinder sollten in der Gesellschaft willkommen sein. Vereinzelt Initiativen, die sich gegen Kinderlärm auf Spielplätzen oder Schulhöfen oder sich gar gegen den Bau von Kindergärten und Schulen richten, sollten rechtlich unzulässig sein. Eine alternde Gesellschaft sollte froh über jedes Kind sein und dem Motto „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ auch in ihrer Gesetzgebung Rechnung tragen.